

# 2. Parteitag, 1. Tagung



## Arbeitsheft

Nummer 2

DIE LINKE. Landesverband Brandenburg  
13. und 14. März 2010  
Kongresshotel Potsdam



1 Leitantrag  
2 an die 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE Brandenburg  
3

## 4 **opponieren, regieren, konsolidieren, verjüngen**

### 5 **DIE LINKE Brandenburg und ihre Aufgaben in den kommenden Jahren**

6 Einreicher: Landesvorstand  
7

#### 8 **1. Die bundespolitische Situation und DIE LINKE**

9 Nach dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag mit 11,9 Prozent der Stimmen und den  
10 Erfolgen bei den Landtagswahlen 2009 ist die Partei DIE LINKE nicht nur in sechs ostdeutschen,  
11 sondern auch in sechs westdeutschen Landtagen vertreten.

12 DIE LINKE verändert die Außenpolitik und die Wirtschafts- und Sozialpolitik. DIE LINKE stellt  
13 Forderungen die viele unterstützen. Oft können wir feststellen: DIE LINKE wirkt!

14 Die Mehrheit der Bevölkerung und die beiden christlichen Kirchen lehnen es ab, Deutschland am  
15 Hindukusch zu verteidigen. Immer mehr Menschen wissen, der Krieg in Afghanistan ist nicht zu  
16 gewinnen. Sie wollen wie wir, das Krieg kein Mittel der Politik und dass das Völkerrecht die  
17 Grundlage der Außenpolitik ist.

18 Die linke Wirtschaftspolitik hat in der Finanzkrise eine Renaissance erlebt. Die neoliberale  
19 Ideologie der Deregulierung hat die Weltwirtschaft in die Krise geführt und Korrekturen, die –  
20 wenn auch nicht konsequent – dem von linken Parteien befürworteten Keynesianismus folgen,  
21 haben dagegen ihren Zusammenbruch verhindert. Da aber die Forderung der Linken nach einer  
22 Regulierung des Finanzsektors und der Vergesellschaftung des Bankensektors nirgendwo  
23 ernsthaft in Angriff genommen wurde, wird mit dem Geld der Zentralbanken nicht die  
24 Realwirtschaft gestärkt, sondern die nächste Finanzblase finanziert. In bisher einmaliger Weise  
25 wurde deutlich, dass die Finanzindustrie die Politik bestimmt und nicht umgekehrt. Der  
26 deregulierte Finanzkapitalismus hat die Demokratie ausgehöhlt. DIE LINKE fordert daher die  
27 Regulierung der Finanzmärkte seit Jahren. Wir wollen, dass der Staat die Banken kontrolliert und  
28 reguliert. Wir wollen nicht, dass die Finanzindustrie die Politik kontrolliert und reguliert. Zu den  
29 Ursachen der weltweiten Finanzkrise gehört die zunehmende ungleiche Verteilung der Vermögen  
30 und Einkommen. Ohne eine gerechtere Vermögensverteilung gibt es keine Demokratie, weil eine  
31 ungerechte Vermögensverteilung zu undemokratischen Machtstrukturen führt. Die  
32 abenteuerlichen Steuersenkungspläne der CDU/FDP-Regierung werden verheerende  
33 Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Kommunen sowie in der Arbeitsmarkt- und der  
34 Gesundheitspolitik haben. Steigende kommunale Gebühren und Abgaben werden die  
35 Bürgerinnen und Bürger stärker belasten.

36 Die sozialen Sicherungssysteme müssen in staatlicher Regie bleiben. Die  
37 Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben. Das Steuerrecht muss sozial sein und ökologisch  
38 gerecht wirken. Bei Hartz IV fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband eine "Totalrevision".  
39 Mittlerweile gibt es fast jeden Tag neue Vorschläge, um Hartz IV zu verändern. Die anderen  
40 Parteien überarbeiten Hartz IV, weil wir sie dazu zwingen. Für den gesetzlichen Mindestlohn  
41 werben neben der Partei DIE LINKE und den Gewerkschaften jetzt auch SPD und Grüne. Dass die  
42 jetzige Rentenformel nicht zu halten ist, wird immer deutlicher. Die Einführung der kapital

43 gedeckten Rente erweist sich als eine historische Fehlentscheidung. Mit den Rentenreformen ist  
44 millionenfache Altersarmut programmiert. Die Sozialpolitiker der anderen Parteien rücken  
45 zumindest verbal von ihren bisherigen Beschlüssen ab.

46 DIE LINKE will eine Gesellschafts- und Rechtsordnung, in der das Eigentum dem zugesprochen  
47 wird, der es erarbeitet und geschaffen hat. Deshalb fordern wir bei größeren  
48 Produktionsunternehmen, den Zuwachs des Betriebsvermögens denen zuzuschreiben, die es  
49 erarbeitet haben. Der Rechtsstaat muss sozial sein und sichern, dass alle Menschen vor dem  
50 Gesetz gleich sind. Die Verteidigung der Demokratie und die Sicherung der politischen  
51 Grundrechte für alle Menschen ist eine unverzichtbare Grundlage für linke Politik.

52 Unsere Wahlerfolge verdanken wir diesen - in den letzten Jahren gemeinsam erarbeiteten und  
53 vertretenen - Forderungen. DIE LINKE ist für ihre Anhängerinnen und Anhänger die Partei des  
54 Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen und wirtschaftlichen Vernunft. Sie  
55 stimmt im Bundestag gegen Kriegseinsätze. Sie wendet sich gegen Sozialabbau, tritt in  
56 Regierungen dafür ein, öffentliche Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht durch  
57 Personalabbau zu verschlechtern, Kürzungen sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern und  
58 ist gegen die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsfürsorge. Sie streitet für den Ausbau  
59 dezentral erzeugter und genutzter erneuerbarer Energien. Sie will den sofortigen Ausstieg aus der  
60 Atomenergie sowie den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.

61 Mit diesen Forderungen waren wir bei den Bundestagswahlen und in Landtagswahlen erkenn-  
62 und unterscheidbar. Ohne den auf dem Berliner Bundesparteitag hart erstrittenen und von allen  
63 Teilen der Partei mitgetragenen Konsens, wäre dies nicht möglich gewesen. Kern dieses Konsens  
64 war es, die in großer Zahl vorhandenen Gemeinsamkeiten aller Mitglieder der Partei deutlich vor  
65 die Differenzen zu stellen, den Meinungspluralismus als positive Entwicklungsbedingung für eine  
66 moderne Linke zu verstehen und auf eine vorsätzliche Personifizierung inhaltlicher Konflikte zu  
67 verzichten. Nur so wird die Klärung und zugleich die in einer pluralistischen Partei unverzichtbare  
68 Koexistenz der Unterschiede in den Auffassungen möglich, ohne das Projekt einer neuen  
69 demokratischen Linken existenziell zu gefährden.

70

## 71 **Die Programmdebatte umgehend beginnen**

72 Vor gut zwanzig Jahren, im Herbst 1989, wurde die Alleinherrschaft der SED durch friedliche  
73 Proteste beendet. Die DDR stand kurz vor ihrem wirtschaftlichen und politischen  
74 Zusammenbruch. Die SED/PDS wurde zur Erneuerung gezwungen und brach mit dem  
75 Stalinismus als System.

76 Veränderung beginnt mit Opposition, dieses Motto war prägend für die Politik der PDS in den  
77 1990er Jahren. Aber Veränderung endet nicht mit Opposition und so opponierte, diskutierte und  
78 auch regierte eine zunehmend erfolgreiche PDS. Im Jahr 2003, nach einer schmerzhaften  
79 Wahlniederlage, beschloss sie auf einem Bundesparteitag in Chemnitz ein Parteiprogramm, in  
80 dem der demokratische Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem verankert wurde.

81 Die WASG entwickelte in ihrer jungen Geschichte ein Gründungsprogramm einer  
82 Protestbewegung mit gewerkschaftlicher Prägung. Es sollten möglichst viele Menschen  
83 angesprochen werden, ohne ideologische oder weltanschauliche Hürden aufzubauen.

84 Bei der Vereinigung beider Parteien zur Partei DIE LINKE konnte man sich zügig auf

85 programmatische Eckpunkte verständigen, die das Parteiprogramm der neuen Partei sind und die  
86 - einmalig in der deutschen Parteienlandschaft - ehrlich bekannten, welche offenen Fragen einer  
87 Diskussion harren. Diese Eckpunkte enthielten in Verbindung mit den Wahlprogrammen  
88 ausreichend Anhaltspunkte für eine inhaltliche Profilierung der LINKEN in den politischen  
89 Auseinandersetzungen der vergangenen zwei Jahre. Damit war auch die Basis für die  
90 erfolgreichen Wahlkämpfe gelegt.

91 Das ein von allen anerkanntes Programm wichtig ist für die Identität einer Partei, für die  
92 Bindungskraft bei ihren Mitgliedern haben die Konflikte und Debatten der letzten Wochen  
93 nachhaltig unter Beweis gestellt. Beides, die Werteorientierung nach innen und die Profilierung  
94 nach außen, ist von hoher Bedeutung für DIE LINKE.

95 Es ist nicht ausreichend, aus den Wahlprogrammen für die Bundestagswahl und die Europawahl  
96 ein Parteiprogramm herzuleiten.

97 Was ist das langfristige Ziel der LINKEN? Was ist ihre Werteorientierung und welches  
98 Politikverständnis liegt dem politischen Handeln zur Durchsetzung eigener Ziele zugrunde?  
99 Welchen Nutzwert kann diese LINKE für die Wählerinnen und Wähler in den nächsten zwanzig  
100 Jahren darstellen? Eine programmatische Klärung dieser Fragen erwarten die Mitglieder unserer  
101 Partei und erwartet auch eine interessierte Öffentlichkeit. Diesen Erwartungen muss nun  
102 entsprochen werden.

103 Wir wollen, dass der neu zu wählende Parteivorstand erkennbar die Führung der  
104 Programmdebatte übernimmt. Die Programmkommission muss transparenter als bisher arbeiten,  
105 den Stand der gesellschaftlichen, linken und internationalen Debatte darstellen, die derzeitige  
106 Positionierung der LINKEN sichtbar machen und kontroverse Standpunkte einschließlich ihrer  
107 Begründung erläutern. Vor allem ist es wichtig, in Form öffentlicher Tagungen die Basis der Partei  
108 an der Entwicklung der Programmatik und an der Diskussion offener Fragen in einem  
109 demokratischen Prozess zu beteiligen. Durch diesen Weg soll eine längere, tiefgründige und  
110 breite Parteidebatte, eine Berücksichtigung der gesellschaftlichen Diskurse sowie eine möglichst  
111 transparente Streitform ermöglicht werden. Das heißt auch, dass nicht zu früh Kompromisse in  
112 Kommissionen noch bestehende Dissense verdecken.

113 Darüber hinaus wollen wir unser Wissen aus der politischen Praxis in den Landesverbänden in  
114 Ost, West, Nord und Süd, in den früheren PDS- und WASG-Gliederungen, in der  
115 parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit, in der Opposition und den Regierungen  
116 sowie aus der kommunalpolitischen Verankerung in die programmatische Debatte einbringen.  
117 Wir finden: Weder sollte ein Grundsatzprogramm an Regierungsnotwendigkeiten angepasst  
118 werden, noch darf es die Regierungsarbeit als politische Handlungsoption faktisch ausschließen.  
119 Dazu ist es notwendig, die Ebenen und die unterschiedlichen Reichweiten der verschiedenen  
120 Dokumente auseinander zu halten.

121 Für uns ist der Begriff des demokratischen Sozialismus von zentraler Bedeutung. Er ist für die  
122 Identität der Mitglieder und das Profil der LINKEN bei Wählerinnen und Wählern und in der  
123 breiteren Öffentlichkeit unverzichtbar. Er macht unsere Partei deutlich unterscheidbar zu  
124 anderen und ist auch eine Antwort auf manche Parteivereinigungsphantasien. Dabei sollten die  
125 mittelfristig erreichbaren Wege und Ziele im Zentrum stehen. Wir wollen einen Prozess  
126 umfassender Demokratisierung hin zu einer Gesellschaft, in der nicht mehr der Profit dominiert,  
127 sondern die freie Entwicklung aller gesichert ist. Dogmatische Einengungen müssen vermieden

128 werden. Das verlangt auch eine klare Schlussfolgerungen aus dem „Realsozialismus“ der  
129 Vergangenheit.

130 Damit sind wir für alle Menschen offen, die, unabhängig von ihrer Herkunft und Lebenslage,  
131 unsere demokratisch-sozialistische Werteorientierung teilen.

132 Es geht um Gesellschafts- und Menschenbilder für linke Politik. Und es geht um ein schlüssiges  
133 Konzept, das der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung entgegengesetzt werden kann.  
134 Ausgangspunkt unserer Programmatik sind die gegenwärtige gesellschaftliche Situation und die  
135 damit verbundenen Nöte und Sorgen der Menschen. Im Zentrum sollte der notwendige sozial-  
136 ökologische Umbau der Gesellschaft stehen.

137 Dass linke Politik nicht an den Grenzen von Nationalstaaten halt macht, sollte auch in der  
138 Programmdiskussion deutlich werden. Wir wollen, dass das proeuropäische Bekenntnis unserer  
139 Partei mit Inhalten gefüllt wird. Gerade weil wir Kritik an den Institutionen der Europäischen  
140 Union, wie sie jetzt sind, haben, ziehen wir uns nicht auf die nationale Ebene zurück, sondern  
141 wollen die EU demokratischer, friedlicher und sozialer gestalten. Nutzen wir alle  
142 Handlungsmöglichkeiten und verändern wir Europa!

143 Schließlich muss mit Blick auf die Globalisierungsprozesse diese Sicht auch international  
144 erweitert werden. Sozialistische Programmatik setzt auf eine friedliche, das Völkerrecht achtende  
145 Außenpolitik, die vorhandene internationale Institutionen und Organisationen nicht negiert,  
146 sondern demokratisieren will und sich vor der Frage, wie und mit wem das gelingt, nicht drückt.

147 Diese Punkte werden Kernthemen eines neuen Programms für unsere Partei sein. Der  
148 Brandenburger Landesverband wird sich in die Diskussion darum intensiv einbringen. Nicht nur  
149 unsere Wahlerfolge bestätigen uns in dem Anspruch, uns auch zukünftig in den bundesweiten  
150 programmatischen und strategischen Debatten der Partei zu Wort zu melden. Wir wissen:  
151 Beständiger Erfolg auf allen Ebenen gelingt nur mit einem abgestimmten Handeln in Kommune,  
152 Land und Bund. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Dabei ist der Blick auf die aktuellen  
153 Gegebenheiten und Problemlagen ebenso von Bedeutung wie unsere langfristigen  
154 gesellschaftspolitischen Zielstellungen. Die Menschen erwarten zu Recht von uns Antworten auf  
155 die Herausforderungen von heute und Klarheit über unsere Vorstellungen für morgen.

156

### 157 **In den Jahren 2010/11 stehen wichtige Wahlkämpfe an.**

158 Nach unseren Erfolgen im vergangenen Jahr müssen wir uns jetzt auf die Landtagswahl in  
159 Nordrhein-Westfalen konzentrieren. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung steht ein  
160 zentrales Thema unserer Bundestagswahlkampagne: Wer bezahlt die Folgen der Finanzkrise?  
161 CDU und FDP wollen die Wählerinnen und Wähler betrügen, indem sie die sozialen Kürzungen,  
162 die sie vorbereitet haben, vor dieser entscheidenden Wahl verschweigen. Es ist unsere Aufgabe,  
163 dieses Spiel zu durchkreuzen. Der Einzug der LINKEN auch in den nordrhein-westfälischen  
164 Landtag würde dazu führen, dass die Lasten der Finanzkrise gerechter verteilt werden. Mit den  
165 Landtagswahlen in den Jahren 2010/2011 in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und  
166 Berlin werden wir auch im Osten dazu beitragen. Bei den Wahlen in Baden-Württemberg,  
167 Rheinland-Pfalz und Bremen werden wir für eine stärkere parlamentarische Vernakerung der  
168 LINKEN im Westen kämpfen. Dafür lohnt es sich zu streiten. Mit außerparlamentarischen

169 Kampagnen gegen den Afghanistankrieg, die Gesundheitsreform und die anhaltende  
170 Umverteilung von unten nach oben werden wir das in den kommenden Monaten unterstützen.  
171 Die Bundestagswahl und die Landtagswahlen in Ost und West haben bewiesen, DIE LINKE wird  
172 gebraucht und von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gewählt und gewollt. Um ihre Zukunft  
173 müssen wir uns nicht fürchten, wenn wir es verstehen, diesen Willen und die Interessen unserer  
174 Wählerinnen und Wähler ins Zentrum unserer Anstrengungen zu stellen.

175

## 176 **2. Die Situation in der Partei**

177 Mit der Bundestagswahl ist deutlich geworden, dass nach dem Scheitern des  
178 parteikommunistischen Organisations- und Gesellschaftsverständnis auch die bisherige  
179 zentralistische Parteipraxis der SPD am Ende ist und keine Zukunftsoption für eine neue  
180 moderne, demokratische, linke Partei darstellt. Die Basta-Demokratie, der antidemokratische  
181 Autoritarismus von Schröder und Müntefering hat maßgeblich mit zum jetzigen Zustand der SPD  
182 beigetragen. DIE LINKE muss sich also ihr neues Organisationsverständnis jenseits der  
183 gescheiterten Modelle suchen. Dabei steht sie erst am Beginn der Erarbeitung eines  
184 entsprechenden Selbstverständnisses. Zentrale Elemente sollten dabei die Sicherung und die  
185 Erweiterung der innerparteilichen Demokratie, die Stärkung der Mitwirkungsrechte der Mitglieder  
186 sowie die Gewährleistung von Transparenz bei der innerparteiliche Entscheidungsfindung sein.

187 Die Wochen vor unserem Landesparteitag waren von einer Führungskrise auf der Bundesebene  
188 gekennzeichnet. Der Parteiführung und den Akteurinnen und Akteuren in der Partei muss es in  
189 den kommenden Wochen bei der Vorbereitung des Bundesparteitages und in dessen Ergebnis  
190 wieder gelingen, länder- und flügelübergreifend in der politischen Arbeit an dem auf dem Berliner  
191 Bundesparteitag erzielten Konsens anzuknüpfen. Die Spitzen der Partei, die Mitglieder des  
192 Bundesvorstandes, des Bundesausschusses und die Bundesparteitagsdelegierten tragen eine  
193 besondere Verantwortung dafür, das dieser Konsens dauerhaft trägt, er über alle Konflikte  
194 hinweg immer wieder neu hergestellt wird und dafür, dass die Partei als Ganzes den  
195 Versuchungen, den Sieg der einen Position über die andere zu organisieren, widersteht. Jeder der  
196 einen solchen „Sieg“ in welcher Form auch immer anstrebt, kämpft zugleich für eine erneute  
197 historische Niederlage der deutschen Linken. Der brandenburgische Landesverband wird sich  
198 solchen Tendenzen energisch widersetzen.

199 Die Partei muss die Konflikte der vergangenen Monate in einer Weise aufarbeiten, die ihre  
200 Strukturen und ihr Selbstverständnis nicht beschädigt sondern in positiver Weise weiter  
201 entwickelt. Dafür ist es notwendig, sich auf bestimmte Grundsätze zu besinnen:

202 1. In der Partei muss nach Regeln gearbeitet werden – nach satzungsrechtlichen Regeln,  
203 arbeitsrechtlichen Regeln und den Regeln des solidarischen Umgangs miteinander.

204 2. Inhaltliche Konflikte in der Partei müssen politisch ausgetragen und von den zuständigen  
205 Gremien entschieden werden, im Wesentlichen von den für die Klärung zuständigen Parteitag  
206 der jeweiligen Ebenen. Inhaltliche Auseinandersetzungen dürfen nicht durch personalpolitische  
207 Entscheidungen ersetzt werden.

208 3. Dass Positionen von der Partei durch Wahl besetzt werden, darf keine Formsache sein. Dieses  
209 Recht der Partei, verkörpert im Recht des Parteitags, darf nicht geschwächt werden. Das gilt  
210 gerade auch dann, wenn sich in den Personalentscheidungen der Partei inhaltliche Differenzen

211 ausdrücken.

212 4. Auseinandersetzungen sollten nicht als West-Ost-Konflikt inszeniert werden, sonst droht ein  
213 massiver Rückschlag für das Zusammenwachsen der Partei. Die Kritik an der  
214 Koalitionsvereinbarung von Brandenburg aus den Landesverbänden West, wie die Kritik aus  
215 Ostlandesverbänden am Wahlprogramm von NRW spiegelt auch die unterschiedliche gesamt-  
216 politische Situation, in der sich die Partei in ihren verschiedenen Landesverbänden befindet,  
217 wieder. Die gesellschaftliche Realität im Osten ist in zentralen Handlungsfeldern eine andere als  
218 in Teilen des Westens. Das lässt sich im Interesse gemeinsamen Handelns weder durch „rote  
219 Linien“ noch durch die Rückkehr zu zentralistischen Politikvorstellungen klären. Notwendig ist  
220 die gleichberechtigte und demokratische Organisation von Vereinigungs- und  
221 Verständigungsprozessen. Das Inszenieren von Entscheidungsschlachten auf machtpolitischer  
222 Ebene kann solche Prozesse dagegen nur blockieren.

223

### 224 **3. Die Aufgaben im Landesverband**

225 Die Situation im Landesverband ist durch eine große Dichte von unterschiedlichen  
226 Herausforderungen und Problemen gekennzeichnet.

227 Die Bewältigung von sechs unterschiedlichen Wahlkämpfen in nur 18 Monaten hat in einem sehr  
228 geringen Maße Zeit für innerparteiliche Verständigungsprozesse gelassen und forderte die Kräfte  
229 des Landesverbandes und auch der Leitungen in fast nicht zu bewältigender Weise. Hinzu kamen  
230 Findungsprozesse der noch sehr jungen LINKEN. Daraus resultieren eine hohe politische  
231 Verunsicherung der Akteure und Multiplikatoren auf allen Ebenen in der Partei sowie vielfältige  
232 innerparteiliche Auseinandersetzungen um den politischen Kurs und die strategische  
233 Ausrichtung. In Brandenburg koppelten sich diese Probleme mit den bei Listenaufstellungen  
234 immer vorhandenen personellen Auseinandersetzungen und spitzten diese zusätzlich zu.

235 Zugleich ist diese Partei eine neue geworden.

236 Die neu installierten Gremien erfüllen die ihnen im Statut übertragenen Aufgaben noch nicht  
237 optimal. Die innerparteiliche Willensbildung ist dadurch an vielen Stellen und in unterschiedlicher  
238 Weise unterbrochen. Vorstände, Ausschüsse und Fraktionen bilden oft nur zu kleine Ausschnitte  
239 der real existierenden Meinungen ab und entscheiden daher mitunter ohne ausreichende  
240 Kenntnis der Interessenlagen und Meinungsvielfalt, nicht nur der Mitglieder der Partei sondern  
241 auch der Wählerinnen und Wähler. Andererseits fällt es immer mehr Mitgliedern auch schwer,  
242 sich in gewohnter Weise intensiv in die vielfältigen Diskussionsprozesse und schnellen wie  
243 komplexen Informationsabläufe einzubringen.

244 Auch die Mitgliedschaft der LINKEN hat sich enorm verändert. Die Nachwendegeneration der  
245 lange Zeit die PDS prägenden Mitglieder verlässt nach und nach die politische Bühne, eine neue  
246 Generation betritt sie, die zum Teil völlig neu in die Politik kommt mit teilweise völlig anderen  
247 kulturellen und sozialen Prägungen und mitunter keinerlei praktischen politischen Erfahrungen.  
248 Ein großer Teil dieser neuen Genossinnen und Genossen ist sehr jung, woraus auch Dissonanzen  
249 zu dem älter werdenden Teil der PDS-Mitglieder und mitunter zum bisherigen Parteiaktiv  
250 entstehen. Ehemalige Mitglieder der WASG fühlen sich oft in der neuen LINKEN noch zu wenig  
251 willkommen oder hatten sich eine größere, auch persönliche Akzeptanz in ihren Gliederungen  
252 erhofft. Hinzu kommt, dass zu wenige Mitglieder bisher bereit sind, die Interessenlagen anderer



253 politischer Handlungsebenen als wichtig für die eigene Meinungsbildung oder das eigene  
254 Handeln zu betrachten. Interessen der Kreis-, Landes- oder auch Bundesebene werden zu selten  
255 in ihrem Zusammenhang gesehen und respektiert. Mitdenken der jeweils anderen Ebene ist  
256 angesichts unserer neuen Position im Land jedoch umso wichtiger.

257 Unsere neue Rolle als Regierungspartei in Brandenburg stellt an jeden von uns völlig neue  
258 Anforderungen. Bevor wir den neuen Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern an uns gerecht  
259 werden können, müssen wir selbst diese kulturelle Herausforderung nach 20 Jahren Opposition  
260 meistern.

261 **Wir wollen uns diesen Herausforderungen mit einem Projekt 2020 stellen.**

262

263 **Der Erhalt der LINKEN als Mitgliederpartei**

264 Neue Mitglieder, allein über 650 seit Gründung der Brandenburger LINKEN, aber auch der  
265 gleichzeitig noch immer hohe Altersdurchschnitt unserer Partei sind ein wichtiger  
266 Ausgangspunkt, Strukturen immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und die Mitarbeit und  
267 Entscheidungsfähigkeit der Genossinnen und Genossen zu fördern. Nach wie vor hat DIE LINKE  
268 Brandenburg nicht etwa zu viele alte Mitglieder, sondern zu wenig junge. Von den 9.127  
269 Mitgliedern zum Jahresende 2008 waren gerade 3 % unter 30 Jahren und auch nur weitere 3 %  
270 unter 40 Jahren. 52 % unserer Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt bereits älter als 70 Jahre.  
271 Obwohl diese Tatsache uns bereits einige Jahre begleitet und die Anstrengungen zur  
272 Mitgliederwerbung in dieser Zeit zugenommen haben, hat sich an diesem Zustand nichts  
273 Grundlegendes geändert. Es ist jedoch auch keine weitere Verschlechterung eingetreten. Der  
274 Altersdurchschnitt liegt weiterhin bei 66,8 Jahren.

275 Zugleich stehen wir vor der Aufgabe eine organisatorische Neuaufstellung der Partei einzuleiten.

276 Wir brauchen ein Mitgliederprojekt 2020 für den Landesverband Brandenburg. Dabei kommt es  
277 immer wieder darauf an, nicht nur thematisch an den Problemen der Menschen dran zu sein,  
278 sondern sie auch in der Art und Weise, wie wir sie ansprechen, mitzunehmen. Vielfalt der  
279 Perspektiven, Lebenserfahrungen und kulturellen Zugänge zu fördern und zu nutzen,  
280 Gemeinsamkeiten durch Debatten zu erringen und gemeinsam für politische Ziele zu streiten –  
281 das soll ein Markenzeichen unserer Partei sein. Wir wollen neuen wie „alten“ Mitgliedern eine  
282 Heimat und politische Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

283 Dies wird nicht von selbst kommen. In den nächsten drei Jahren hat DIE LINKE. Brandenburg  
284 voraussichtlich keine Wahlkämpfe als Landesverband zu bestreiten. Daher sollten wir diese Zeit  
285 für eine Mitgliederkampagne nutzen. Ziel sollte es sein, wieder ein Landesverband mit 10.000  
286 Mitgliedern zu werden. Wie dieses Ziel erreicht werden kann sollte in den kommenden Monaten  
287 mit und in den Kreisverbänden sowie vor allem auch mit dem Jugendverband diskutiert werden.  
288 Zu dieser Diskussion gehört auch eine Debatte, ob und wie die im Landesverband vorhandenen  
289 finanziellen Rücklagen zum Teil mit für diese Kampagne genutzt werden können. Diese Debatte  
290 sollte bis zur 2. Tagung des 2. Landesparteitages zu einem Ergebnis geführt werden.

291

292 **Eine neue Etappe in der Parteireform**

293 Wir wollen dem Thema Kommunikation künftig Priorität einräumen. Kommunikations- und

294 Informationswege im Landesverband müssen effizienter werden. Es liegt in der Verantwortung  
295 des Landesvorstandes und der Kreisvorstände, geeignete vernetzte Informationsstrukturen  
296 weiter zu entwickeln. Dazu gehört neben einem sinnvollen System von Beratungen und  
297 Konferenzen der deutliche Ausbau eines sicheren Netzes elektronischer und verbaler  
298 Kommunikation. Die Kreisverbände bestimmen aber selbst, wie schnell und wie gut wichtige  
299 Informationen und Debatten kommuniziert werden.

300 Wir wollen Schlussfolgerungen aus dem Verfahren zur Koalitionsbildung ziehen. So wollen wir  
301 eine innerparteiliche Diskussionskultur fördern, die sachliche Kritik ermöglicht. Sie soll von  
302 gegenseitigem Vertrauen und Respekt getragen sein. Zugleich wollen wir an die guten  
303 Erfahrungen mit den Regionalkonferenzen anknüpfen.

304 Gleichzeitig wollen wir Anstrengungen unternehmen, die Arbeitsfähigkeit der Parteigliederungen  
305 auch in Zukunft zu erhalten. Das wird auch weiterhin zum größten Teil nur ehrenamtlich gehen.  
306 Politische Arbeit darf aber nicht zu physischer Überlastung führen. Wir wollen auf eine enge  
307 Verknüpfung unserer Arbeit mit der der Abgeordneten setzen. Wir wollen uns auf Landesebene  
308 strukturell neu sortieren und fordern die Kreisverbände auf, ihre Strukturen ebenfalls modernen  
309 Anforderungen anzupassen. Dazu gehört eine Analyse der Arbeitsfähigkeit in allen Kreisverbänden  
310 und eine Auswertung der Erfahrungen des neu gegründeten Kreisverbandes Lausitz.

311 Dabei wollen wir auch über die Regionalisierung unserer Arbeit nachdenken. Ziel ist es, die  
312 Aktions- und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes zu sichern. Sinkende hauptamtliche  
313 Ressourcen müssen durch ehrenamtliche Aktivitäten in den Kreisverbänden kompensiert  
314 werden. Dazu wollen wir das Ehrenamt stärken und unterstützen.

315 Wichtig ist dabei ein effizientes Zusammenwirken haupt- und ehrenamtlicher Strukturen. In  
316 vielfacher Form wird Parteiarbeit bereits durch viele GenossInnen in den Kreisen ehrenamtlich  
317 geleistet. Ohne sie wäre unser Landesverband nicht arbeitsfähig und dies verdient unsere  
318 uneingeschränkte Anerkennung.

319

### 320 **Die Programmdebatte mit ganzer Kraft führen. Politische Bildung stärken.**

321 Der Landesverband wird sich mit all seinen Erfahrungen in die bundesweite Programmdebatte  
322 einbringen. Ziel ist es, inhaltliche Konflikte produktiv zu machen. Diskussionen verstehen wir  
323 nicht als Konflikt, sondern als Teil einer inhaltlichen Profilschärfung.

324 Wir wollen die Programmdebatte auch mit unseren Anstrengungen auf dem Gebiet der  
325 Politischen Bildung verknüpfen und möglichst viele Mitglieder und Sympathisanten in die  
326 Diskussion einbeziehen. Auch hier suchen wir nach neuen Wegen und Formen der Diskussion,  
327 um eine größtmögliche Beteiligung der Mitgliedschaft zu erreichen.

328

### 329 **Die innerparteiliche Demokratie stärken.**

330 Eine Partei und ihre Politik lebt von der Mitarbeit und dem Engagement ihrer Mitglieder.  
331 Innerparteiliche Diskussionen sind nötig und wichtig. Wir wollen deshalb die dafür vorgesehenen  
332 Gremien (Vorstände, Landesausschuss, Kleiner Parteitag) weiter stärken und der Gremienarbeit  
333 das nötige Gewicht im Landesverband einräumen. Ziel ist es, die Mitgliedschaft in die Lage zu  
334 versetzen, die Politik des Landesverbandes – wie z. B. die Regierungsarbeit – nicht nur

335 nachzuvollziehen, sondern ihr auch eine aktive Mitwirkung zu ermöglichen. Die bisher erprobten  
336 Schritte um mehr Mitsprache bei der Beschlussfassung im Landesvorstand zu ermöglichen,  
337 müssen konsequent ausgebaut werden. Der Landesvorstand unterstützt und stärkt die Tätigkeit  
338 der landesweiten Zusammenschlüsse, organisiert gemeinsame Beratungen und berücksichtigt  
339 die Arbeitsergebnisse und -materialien der Arbeitsgemeinschaften. Wichtige Beschlüsse sollen  
340 noch mehr als bisher in mehreren Lesungen im Landesvorstand und im Landesausschuss  
341 beraten werden. Der Landesausschuss soll seine Funktion als Kontrollgremium gegenüber dem  
342 Landesvorstand stärker wahrnehmen. Auch Landesparteitage sollen stärker für die  
343 innerparteiliche Debatte genutzt werden. Unser Ziel ist es, über den Landesparteitag, den  
344 Landesvorstand, den Landesausschuss und die Kreisvorstände einen innerparteilichen Meinungs-  
345 und Willensbildungsprozess zu organisieren, der Transparenz sicherstellt und Verbindlichkeit  
346 schafft. Die Delegierten und Mitglieder dieser Gremien müssen sich mehr als nur als Vertreter  
347 ihrer jeweiligen Region verstehen. Wir wollen ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, welche  
348 Belange im Landesmaßstab bei politischen Entscheidungen zu beachten sind.

349

#### 350 **Der Jugendverband - die nahe Zukunft der Partei.**

351 Zu einer Verjüngung der Partei gibt es keine Alternative. Dazu soll nicht nur das Mitgliederprojekt  
352 beitragen, sondern auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Jugendverband. Wir wollen  
353 den Jugendverband stärker in die Arbeit der Partei einbinden. Davon soll nicht nur die Partei als  
354 Ganzes, sondern auch junge Mitglieder im Einzelnen profitieren können. Wir wollen dem  
355 Jugendverband zugleich den nötigen Freiraum schaffen, Politik nach ihren Vorstellungen zu  
356 gestalten. Perspektivisch wollen wir so den nächsten Generationswechsel im Landesverband  
357 grundlegend vorbereiten.

1 Antrag 2

## 2 **Gemeinsinn und Erneuerung in Brandenburg** 3 **– die Arbeit hat begonnen!**

4 Einreicher: Landesvorstand

5

6 I.

7 Die brandenburgische LINKE ist in schwierigen Zeiten, unter schwierigen Umständen und  
8 nicht fehlerfrei in die Regierungsverantwortung gestartet. Doch so kompliziert der Start auch  
9 war, so schwierig sich die finanziellen Bedingungen und bundespolitischen  
10 Herausforderungen auch gestalten mögen: Gerade deswegen bekräftigen wir unser  
11 Vorhaben, alles in unserer Kraft stehende für ein solidarisches Brandenburg zu tun – für gute  
12 Arbeit und gute Bildung, für starke Kommunen und eine stabile öffentliche Daseinsvorsorge in  
13 allen Regionen sowie für eine nachhaltige Entwicklung des ganzen Landes, für gute  
14 Beziehungen zu unseren Nachbarn in Deutschland und Polen.

15 Wir werden uns eigenen Fehlern stellen und sie nach Kräften korrigieren. Wir werden jedem  
16 Druck widerstehen, der Rot-Rot in Brandenburg blindlings als illegitim bekämpft und um jeden  
17 Preis beenden will. Wir stehen zu unserer Verantwortung für Brandenburg, für eine linke  
18 Alternative im Bund und in Europa.

19 Mit dem Koalitionsvertrag 'Gemeinsinn und Erneuerung' haben wir dafür eine gute und  
20 belastbare Grundlage. Die meisten unserer Schlüsselvorgaben, für die wir im Wahlkampf  
21 geworben haben, finden sich in diesem Vertrag wieder. Der Vertrag trägt klare linke Akzente  
22 – jetzt kommt es darauf an, die Landespolitik so zu gestalten, dass diese Akzente Wirklichkeit  
23 werden. Der Koalitionsvertrag ist die Basis für eine gute Regierungstätigkeit in Brandenburg,  
24 für eine verantwortungsvolle soziale Modernisierung und schließlich auch für den Erfolg  
25 unserer Partei.

26 Gute Arbeit – gerade auch für Langzeitarbeitslose und gering Verdienende – sowie gute  
27 Bildung – für alle, von Anfang an – stehen dabei im Zentrum. Im Öffentlichen Dienst kämpfen  
28 wir dafür, dass trotz geringer werdender Ressourcen und trotz Bevölkerungsrückgang  
29 Neueinstellungen möglich werden und junge Leute eine Chance im Landesdienst erhalten.  
30 Die öffentliche Daseinsvorsorge und die Handlungsfähigkeit der Kommunen werden wir  
31 stärken; Privatisierungen will diese Koalition nicht.

32

33

34 II.

35 Die SPD-LINKE-Koalition hat in den ersten Monaten bereits wichtige Weichen für eine soziale  
36 Modernisierung unseres Landes gestellt.

37

38 Unter Verantwortung von Finanzminister Dr. Helmuth Markov (DIE LINKE) wurde ein  
39 Landshaushalt aufgestellt, der trotz krisenbedingt sinkender Steuereinnahmen und trotz der  
40 Belastungen durch die Politik der Bundesregierung die Finanzierung aller zentralen Vorhaben  
41 des Koalitionsvertrages gewährleistet und dennoch den verfassungsmäßig erlaubten Rahmen  
42 für die Aufnahme neuer Schulden nicht ausschöpft.

43 Wir bestärken die Landesregierung und insbesondere den Finanzminister darin, den  
44 Solidarpakt II im Interesse Ostdeutschlands insgesamt zu verteidigen und alle Versuche  
45 zurückzuweisen, den Länderfinanzausgleich zugunsten der so genannten „Südländer“  
46 umzugestalten. Mit der Bildung der rot-roten Koalition in Brandenburg werden jene Kräfte in  
47 Deutschland deutlich gestärkt, die die bundesstaatliche Ordnung weiter als ein kooperatives  
48 und solidarisches Modell betrachten und den Übergang zu einem „Wettbewerbsföderalismus“  
49 verhindern wollen, der der unsozialen neoliberalen Standortlogik folgt. Der in jeder Hinsicht  
50 gescheiterte Neoliberalismus darf nicht auf diesem Weg zu neuer Lebenskraft finden.

51 Darüber hinaus wird sich das Land Brandenburg für eine EU-weite Einführung einer  
52 Transaktionssteuer und das Verbot des außerbörslichen Handels mit hochspekulativen  
53 Verbriefungen und Optionen einsetzen, die im Wesentlichen zur aktuellen Finanzkrise geführt  
54 haben.

55

56 Auf der Grundlage der soliden rot-roten Finanzpolitik wird es möglich, Bildung zu einem  
57 maßgeblichen Schwerpunkt der Regierungsarbeit zu machen. Zentrale Maßnahmen werden  
58 die bereits in Angriff genommene Einführung des Schüler-Bafögs und die Verbesserung des  
59 Kita-Personalschlüssels. Zudem wird das Land Brandenburg so viele Lehrer einstellen wie  
60 noch nie seit 1990. Um die im bundesweiten Vergleich gute Schüler-Lehrer-Relation zu  
61 halten, werden wir in der Legislaturperiode 1.250 Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst  
62 holen, möglichst viele von ihnen bereits in diesem Jahr. Die beiden Koalitionsparteien haben  
63 sich auch darauf geeinigt, gemeinsam mit den Initiatoren der Volksinitiative zur Stärkung der  
64 Musikschulen das Gespräch zu suchen.

65

66 Linke Wirtschaftspolitik zielt darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität  
67 eine untrennbare Einheit bilden. Die rot-roten Koalitionen, die jetzt in Brandenburg und in  
68 Berlin regieren, werden neue Chancen für den gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum  
69 erschließen. Beide Länder kämpfen für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn und  
70 wollen eigene Mindestlohngesetze für die Vergabe öffentlicher Aufträge – in Brandenburg  
71 entstanden die entsprechenden Eckwerte unter Verantwortung von Wirtschafts- und  
72 Europaminister Ralf Christoffers (DIE LINKE).

73 Linke Wirtschaftspolitik in Brandenburg zeichnet sich zudem dadurch aus, dass die Stärken  
74 des Landes weiter gekräftigt, zugleich aber auch die Schwächen reduziert werden. Dazu  
75 werden die Förderinstrumente weiter entwickelt und präzisiert. Wir unterstützen die  
76 Bemühungen beider Wirtschaftsressorts, die Innovationsstrategien von Brandenburg und  
77 Berlin weiter zusammen zu führen. Es ist sinnvoll, sich zum gegenseitigen Vorteil auf die am  
78 meisten Erfolg versprechenden Wachstumsbranchen zu konzentrieren.

79 Bei der Entwicklung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur in  
80 Brandenburg setzen wir auf Instrumente wie die „Brandenburger Innovationsgutscheine“, die  
81 kleine und mittlere Unternehmen inkl. Handwerksunternehmen bei der Kooperation mit  
82 Hochschulen oder Forschungsinstituten unterstützen. Mit einem weiteren Programm wird  
83 geholfen, neue Geschäftsfelder und -modelle durch die Nutzung innovativer Technologien zu  
84 erschließen. In Kürze soll zudem ein Fonds eingerichtet werden, der die  
85 Eigenkapitalausstattung junger technologieorientierter Unternehmen verbessert. Damit  
86 werden Startchancen vielfach überhaupt erst eingeräumt, denn Privatinvestoren sind zumeist  
87 nicht bereit, das in der Frühphase bestehende hohe Risiko einzugehen.

88

89 Im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) verrichten künftig nicht nur in Berlin,  
90 sondern auch in Brandenburg Erwerbslose gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit,  
91 die ihnen neue berufliche Perspektiven eröffnet. Und das in regulären  
92 Beschäftigungsverhältnissen zu Tariflöhnen – aber nicht unter gesetzlichem  
93 Mindestlohniveau. Die Bundesregierung hat jetzt die Verteilung der Arbeitsmarktmittel  
94 geändert. Berlin erhält bereits weniger Geld, als für das Jahr 2010 schon vertraglich  
95 festgelegt ist. Doch der Berliner Senat und die brandenburgische Landesregierung haben sich  
96 mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, die die Bundesmittel verwaltet, auf  
97 einen neuen Weg verständigen können. Zukünftig werden wir endlich auch die  
98 Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante (AGH-E) nutzen und aus Landesmitteln aufstocken  
99 können. Dass es trotz der Einsparungen und des Kurswechsels auf Bundesebene gelingt, den  
100 ÖBS in Berlin weiter- und in Brandenburg einzuführen und damit einen anderen Weg als der  
101 Bund zu beschreiten, ist dem Zusammenwirken der beiden Landesregierungen gegenüber der  
102 Regionaldirektion zu verdanken. Rot-rot wirkt zusammen in Berlin und Brandenburg.

103

104 Das Prinzip der Nachhaltigkeit zur systematischen Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit,  
105 ökologischer Verantwortung, ökonomischer Entwicklung und demokratischer Teilhabe wird  
106 nach dem Willen der Koalition einen herausgehobenen Stellenwert besitzen. Es soll – mehr  
107 noch als bisher – Maßstab für das Regierungshandeln sein und wirksam in alle Politikbereiche  
108 integriert werden. Unter Verantwortung der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und  
109 Verbraucherschutz, Anita Tack (DIE LINKE), werden bis Ende Oktober 2010 Eckpunkte für  
110 eine Landesnachhaltigkeitsstrategie erarbeitet und zur Diskussion im Parlament und der  
111 Zivilgesellschaft gestellt. Wir legen darauf hohen Wert, damit die für eine erfolgreiche  
112 Entwicklung des Landes wichtigen Potenziale auf Dauer gesichert werden können.

113 Dafür ist es erforderlich, das nötige Wissen verfügbar zu machen sowie den Dialog über Ziele  
114 und Wege nachhaltiger Entwicklung mit der Gesellschaft zu führen. Beides hat der „Beirat für  
115 Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz“ aus der abgelaufenen Berufungsperiode mit  
116 Erfolg begonnen. Diese Arbeit wird der neu zu berufende Nachhaltigkeitsbeirat beim  
117 Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) fortsetzen können.

118 Im Sinne des ganzheitlichen Anspruchs von Nachhaltigkeit sieht sich das von der LINKEN  
119 geführte MUGV einem integrativen Politikansatz unter dem Motto „Umwelt erhalten –  
120 Gesundheit fördern – Verbraucherschutz stärken“ verpflichtet und wird sich als Ministerium  
121 zur Sicherung von Lebensqualität in Brandenburg profilieren.

122 Zu wirksamer Nachhaltigkeitspolitik gehören effektive umwelt- und naturschutzrechtliche  
123 Genehmigungsverfahren und effiziente Anlagenüberwachung ohne Senkung des  
124 Umweltschutzniveaus. Die Umsetzung der Europäischen Abfallrahmenrichtlinie, der  
125 Umgebungslärmrichtlinie und der Luftqualitätsrichtlinie bedürfen der unbürokratischen  
126 Realisierung auf hohem Umweltschutzniveau zur Sicherung der Lebensqualität.

127 Die Stärkung und Entwicklung der Großschutzgebiete als Brandenburger Beitrag der  
128 Nationalen Naturlandschaften soll dem Ziel dienen, diese Gebiete als Modellregionen für eine  
129 nachhaltige Entwicklung und als wichtigen Ankerpunkt für die Profilierung Brandenburgs im  
130 Naturtourismus zu etablieren. Unsere Wildkorridore werden dazu beitragen, die biologische  
131 Vielfalt zu vergrößern und bedrohten Arten wieder einen Lebensraum in Brandenburg zu  
132 bieten.

133 Im Rahmen der anstehenden Novellierungen des Wasserrechts und des Naturschutzgesetzes  
134 zur Umsetzung der bundeseinheitlichen Regelungen soll geprüft werden, inwieweit für die  
135 Entnahme von Oberflächen- und Grundwasser zum Zwecke der Freimachung und Freihaltung  
136 von Lagerstätten, Erdgasspeichern sowie zur Wasserhaltung von Tagebaulöchern ein  
137 Nutzungsentgelt erhoben werden soll. Ergänzend zu den Initiativen der Landesregierung  
138 gegen weitere Privatisierungen von öffentlichen Gewässern sollen im Brandenburgischen  
139 Naturschutzgesetz Regelungen zur öffentlichen Nutzung und zum freien Zugang der Gewässer  
140 verankert werden.

141 In der gemeinsamen Verantwortung von Umwelt- und Wirtschaftsministerium liegt es, die  
142 Nutzung von fossilen Brennstoffen wie der Braunkohle gegenüber erneuerbaren Energien  
143 zurückzufahren. Ob es in Brandenburg zu einer großflächigen Einlagerung von Kohlendioxid  
144 kommen wird, machen wir abhängig von den Ergebnissen der Erforschung und Prüfung der  
145 sog. CCS-Technologie. Der Braunkohletagebau ist mit hohen Umweltbelastungen verbunden  
146 und muss mittelfristig beendet werden.

147 Wir setzen deshalb darauf, bis zum Jahre 2020 mindestens 20 Prozent des Energiebedarfs  
148 Brandenburgs aus erneuerbaren Energien sicherzustellen. Teil des sozialökologischen  
149 Umbaus im Sinne der Nachhaltigkeit muss aber auch die Einsparung von Energie sein. Dazu  
150 werden wir in der Wirtschafts-, der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik darauf hinwirken,  
151 den Bürgerinnen und Bürgern Hilfen zum Energiesparen anzubieten.

152 Eine nachhaltige Entwicklung ist keine Angelegenheit allein von Regierungshandeln, Gesetzen  
153 oder Verordnungen. Nachhaltigkeit muss ein gesellschaftlich praktiziertes Prinzip sein, das  
154 eine breite zivilgesellschaftliche Beteiligung auf allen politischen Ebenen sichert. Wir  
155 begrüßen alles, was dem dient. Das gilt z. B. für den geplanten Landeswettbewerb  
156 „Bioenergiedörfer“, mit dem kommunale Konzepte für eine umfassende und integrierte  
157 Nutzung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum angeregt werden sollen, oder für die  
158 Fortführung der Umweltpartnerschaft mit den Kammern, Verbänden der Wirtschaft und  
159 möglichst auch den Gewerkschaften.

160

161 Die rot-rote Koalition in Brandenburg hat sich zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik  
162 verpflichtet, bei der die erneuerbaren Energien Vorrang haben.

163 DIE LINKE sieht die Sicherung dieses Vorranges als strategische Herausforderung für eine  
164 zukunftsfähige Brandenburgische Energiepolitik an. Darauf werden die Aktivitäten der LINKEN  
165 koordiniert ausgerichtet. Dazu sollen die Kompetenzen der beiden vorrangig zuständigen  
166 Fachressorts für Wirtschaft und Europapolitik sowie für Umwelt, Gesundheit und  
167 Verbraucherschutz gebündelt werden.

168 Wir bestärken Wirtschaftsminister Christoffers darin, den Kreis jener zu erweitern, die in den  
169 Genuss von Fördermitteln für erneuerbare Energien kommen können. Eine entsprechende  
170 Prüfung läuft derzeit in seinem Ministerium.

171 DIE LINKE als Regierungspartei hat sich gemeinsam mit dem Koalitionspartner dem  
172 verstärkten Einsatz neuer Energietechnologien verschrieben. Dabei geht es nicht allein um die  
173 technische Machbarkeit und um die nötigen finanziellen Mittel, sondern auch um die  
174 Aufgeschlossenheit in der Gesellschaft. Regionale, ökologische und soziale Konflikte sind  
175 dabei unvermeidlich – wir wollen sie politisch begleiten und für Akzeptanz sorgen.

176

177 Neue Kraft bringt Rot-Rot in Brandenburg und Berlin auch für die Verbraucherschutz-Politik –  
178 insbesondere für die Stärkung der rechtlichen Position und der Kompetenz der Verbraucher  
179 gegenüber Anbietern. Die von der EU-Kommission angestrebte Vereinheitlichung des  
180 Verbrauchervertragsrechts zur Stärkung des innergemeinschaftlichen Wirtschaftsverkehrs  
181 darf nicht zu einer Absenkung der bestehenden Verbraucherrechte führen. Besonderen Wert  
182 legen wir auf die Stärkung der Verbraucherrechte im Bereich der Finanzmärkte.  
183 Finanzvermittler müssen künftig eine solide Qualifikation nachweisen. Undurchsichtige  
184 Provisionssysteme sollen abgeschafft werden. Produktinformationen müssen verständlich  
185 sein. Wir wollen, dass die Aufsicht über die Finanzmärkte zügig gestärkt wird.

186 Der Verbraucherschutz liegt bei der LINKEN in guten Händen. Die Brandenburgerinnen und  
187 Brandenburger können und müssen erwarten, dass das Land alles tut, um auf Krisenfälle  
188 vorbereitet zu sein. Infektionsschutz, Notfallvorsorge auf Krisenfälle, Tierschutz und  
189 Tierseuchenbekämpfung sind Bausteine eines verantwortungsvollen Verbraucher- und  
190 Gesundheitsschutzes. Verlässliche Kontrollen, ein Qualitätssicherungssystem, sichere  
191 Prognosemethoden, objektive Informationen und ein enges Zusammenwirken unabhängiger  
192 Verbraucherinstitutionen mit staatlichen Behörden werden diese Politik ebenso auszeichnen.  
193 wie eine stärker zielgruppenorientierte Verbraucherinformation, Verbraucherbildung und  
194 Verbraucherberatung.

195

196 Die Gesundheitspolitik der rot-roten Koalition hat den Anspruch, für soziale Gestaltung,  
197 gesundheitliche Förderung und Vorsorge sowie medizinische Versorgung für alle zu sorgen.  
198 Sie bezieht Lebensverhältnisse wie Arbeit, Wohnung, Umwelt, Ernährung und Bildung ein. Mit  
199 dem Zuschnitt des neuen Ressorts ist die Chance gegeben, präventive und  
200 gesundheitsfördernde Faktoren stärker in den Fokus der Landespolitik zu stellen. All das wird  
201 sich in einem Masterplan Gesundheit Berlin-Brandenburg widerspiegeln.

202 In Brandenburg liegt die größte Herausforderung bei der medizinischen Versorgung in der  
203 Fläche des Landes. Unter Einbeziehung länderübergreifender Kooperationen müssen dabei  
204 innovative Lösungen und Instrumente gesucht und erprobt werden, die die Daseinsvorsorge  
205 im ländlichen Raum sicherstellen und die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten begünstigen.  
206 Als weitere Schwerpunkthemen betrachten wir die Prävention und Gesundheitsförderung im  
207 Alter sowie die Entwicklung einer Landes-Psychiatrieplanung. Es ist wichtig, dass gerade bei  
208 diesen Aufgaben von Anfang an eng mit den organisierten Verbänden der  
209 Gesundheitsfachberufe, Selbsthilfe- und Patientenorganisationen zusammen gearbeitet wird.

210 Die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung ist durch die Koalitionsvereinbarung gesichert.  
211 Bei der Umsetzung wird es darauf ankommen, die jeweiligen Träger vor Ort in die Lage zu  
212 versetzen, Zuwendungen des Landes bedarfsgerecht und anlassbezogen flexibel zu  
213 verwenden.

214

215 Ein soziales Gesundheitssystem muss die Prävention und Gesundheitsförderung stärker in  
216 den Fokus stellen. Unsere Programme, die wir gemeinsam mit den Krankenkassen und den  
217 Akteuren im Gesundheitssystem umsetzen, beginnen bei der Vorsorge von Kindern und  
218 umfassen Angebote für ältere Brandenburgerinnen und Brandenburger, um auch bei  
219 nachlassenden körperlichen und geistigen Fähigkeiten möglichst lange gesund zu bleiben.

220 Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen brauchen unsere besondere Fürsorge. Mehr  
221 ambulante Behandlungsmöglichkeiten, aber auch qualifizierte Hilfe in den psychiatrischen



222 Krankenhäusern haben wir uns zur Aufgabe gemacht. Dazu richten wir neben den bereits  
223 bestehenden Psychiatrie-Besuchskommissionen einen Landespsychiatriebeirat ein. Bei  
224 diesen Aufgaben werden wir von Anfang an eng mit den Gesundheitsfachberufen, den  
225 Selbsthilfe- und Patientenorganisationen sowie den Krankenkassen zusammen arbeiten.

226 Große Chancen liegen in der schrittweisen Vertiefung der regionalen Kooperation zwischen  
227 Berlin und Brandenburg. Gerade durch den vergleichbaren Aufgabenzuschnitt der von der  
228 LINKEN geführten Ministerien und Senatsverwaltungen für Umwelt, Gesundheit und  
229 Verbraucherschutz sowie für Wirtschaft bieten sich gute Möglichkeiten zur Herausbildung  
230 einer gemeinsamen Klimaschutz- und Energieregion, einer Gesundheitsregion, einer vertieften  
231 Kooperation zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Verbraucherschutz in der Region, die  
232 DIE LINKE konsequent nutzen wird.

233

234 Mit dem Übergang der Zuständigkeit für Europa und internationale Angelegenheiten auf das  
235 neue Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten werden die dort gesammelten  
236 Erfahrungen im innerstaatlichen, außenwirtschaftlichen und beihilferechtlichen Bereich mit  
237 den ökologischen und sozialen Erfordernissen im Lande koordiniert - um so die  
238 brandenburgischen Interessen frühzeitig im Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess  
239 der EU zu artikulieren. Intensiv setzt sich DIE LINKE zudem für eine Fortführung der  
240 Kohäsionspolitik der EU ein.

241 Europapolitik reduziert sich jedoch nicht auf Wirtschaftspolitik. Es geht zugleich darum, die  
242 zivilgesellschaftlichen Aspekte europäischer Entwicklung zum Tragen zu bringen. Dafür hat  
243 Brandenburg gemeinsam mit unseren polnischen Nachbarn eine besondere Verantwortung.

244 Noch in diesem Jahr werden wir konkrete Schritte einleiten, die den Stellenwert der  
245 Europapolitik in der Landespolitik erhöhen sollen. Wir wollen den Verfassungsauftrag zur  
246 frühzeitigen und umfassenden Beteiligung des Landtages in Bundes- und  
247 Europaangelegenheiten endlich umsetzen. Wir wollen eine Stärkung der Euroregionen und -  
248 vor dem Hintergrund einer erneut sehr geringen Wahlbeteiligung bei der Europawahl - die  
249 europapolitische Öffentlichkeitsarbeit verbessern. DIE LINKE wird sich für eine soziale  
250 Fortschrittsklausel in den europäischen Verträgen einsetzen, so wie unsere Partei und die  
251 SPD es im Sommer 2009 mit dem DGB vereinbart hatten und es im Koalitionsvertrag auf  
252 unsere Initiative hin festgeschrieben wurde.

253 Nach dem Spitzentreffen von Politikern aus Deutschland und Polen zur Oderpartnerschaft am  
254 13. Januar 2010 in Potsdam haben wir im Landtag ein breites Echo auf unsere Vorschläge zur  
255 Stabilisierung und Erweiterung dieser Kooperation erfahren: Die stärkere Einbeziehung der  
256 Regierungen in Berlin und Warschau, mehr Engagement seitens des Landtages, stabile und  
257 kompetente Strukturen in der Landesverwaltung und die thematische Auswertung der  
258 Zusammenarbeit, insbesondere und gerade vor dem Hintergrund der vollen  
259 Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011, stehen auf der Tagesordnung. Gemeinsam  
260 mit anderen wollen wir in der Region eine deutsch-polnische Parlamentariergruppe schaffen.

261

262 Brandenburg wird offener und transparenter, libertärer und toleranter. Die Rechte der  
263 Bürgerinnen und Bürger werden ausgebaut.

264 So wurde der Datenschutz in Brandenburg neu geregelt und gestärkt; seit Anfang des Jahres  
265 sind die Zuständigkeiten für den öffentlichen und privaten Datenschutz zusammen geführt.

266 Von der Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber hat sich das Land  
267 verabschiedet.

268 Eine Gleichstellungsbeauftragte wurde bestellt; ein Gleichstellungspolitisches  
269 Rahmenprogramm soll dazu beitragen, bei der Geschlechtergerechtigkeit voran zu kommen  
270 und strukturelle Benachteiligungen von Mädchen und Frauen abzubauen.

271 Rot-rote Justizpolitik stärkt die Rechtsordnung und ihre Institutionen im Interesse der  
272 Bürgerinnen und Bürger; sie setzt auf soziale Verantwortung. Dr. Volkmar Schöneburg, der  
273 erste linke Justizminister in der Geschichte der Bundesrepublik, hat schon kurz nach seinem  
274 Amtsantritt einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit geleistet. Indem er an den  
275 Sozialgerichten des Landes Brandenburg 28 Stellen des mittleren Dienstes entfristete und  
276 zusätzliche Richter einstellte, schuf er wichtige Voraussetzungen für schnellere  
277 Gerichtsentscheidungen bei sogenannten Hartz IV-Klageverfahren. Künftig können diejenigen  
278 rascher zu ihrem Recht gelangen, die sich gegen Hartz IV-Ungerechtigkeiten gerichtlich zur  
279 Wehr setzen. Handwerkliche Fehler der Bundesregierung bei der Hartz IV-Gesetzgebung  
280 hatten in den Jahren zuvor zu einer unvergleichlichen Klagebereitschaft derer geführt, von  
281 denen sich viele zu Recht ungerecht behandelt und sozial benachteiligt fühlen. Die aus der  
282 Klageflut resultierenden extrem langen Verfahrensdauern bei den Sozialgerichten trugen zu  
283 allem Übel auch noch dazu bei, die Nöte der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu  
284 verschärfen, die um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen wollten. Minister Schöneburg hat  
285 hier nicht weniger als eine justiz-soziale Wende eingeleitet.

286 Soziale Verantwortung gilt auch für den Strafvollzug und den Umgang mit straffällig  
287 Gewordenen. Straffälligkeit hat oft auch mit Bildungsmangel zu tun. Wir bestärken Minister  
288 Schöneburg und sein Ministerium in dem Bemühen, diese Menschen mit teilweise großen  
289 Bildungsdefiziten auf das Leben in der Gesellschaft vorzubereiten. Wer nach der Haft im  
290 Leben steht, wird nicht mehr so leicht straffällig. Das dient der öffentlichen Sicherheit und  
291 liegt im Interesse aller Brandenburgerinnen und Brandenburger.

292 Erwartungsvoll sehen wir in diesem Sinne den Arbeiten an einem Strafvollzugsgesetz und  
293 einem Jugendarrestvollzugsgesetz für das Land Brandenburg entgegen. Die Gesetze werden  
294 den verfassungsrechtlichen Anforderungen an einen modernen, rechtsstaatlichen Strafvollzug  
295 Rechnung tragen. Das Resozialisierungsziel hat gemäß Artikel 54 der Landesverfassung in  
296 Brandenburg Verfassungsrang.

297

298 Mit der im ersten Quartal zu beschließenden Geschäftsordnung des Landtages wird sich die  
299 Transparenz der Landtagsarbeit erheblich erhöhen – die von den Linken seit 1990 geforderte  
300 Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen – wird endlich Alltag. Erstmals seit 1999 gibt es wieder  
301 gemeinsame Anträge aller Fraktionen. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren werden  
302 Anträge der Oppositionsfraktionen in die Ausschüsse überwiesen und ernsthaft erörtert.

303

304

305 III.

306 DIE LINKE muss in Regierungsverantwortung im Land auch Abstriche an den eigenen Zielen  
307 machen. Wir geben sie deshalb aber nicht auf. Sie bleiben wichtige Positionen und  
308 Forderungen für eine zukunftsfähige Entwicklung – und doch sind sie im Augenblick nicht  
309 realisierbar, weil der derzeitige rechtliche, finanzpolitische oder ökonomische Kontext das

310 erzwingt. Und es gibt auch Abstriche, weil für einzelne Vorhaben gesellschaftliche Mehrheiten  
311 und gesellschaftlicher Druck fehlen.

312 Politischer Gestaltungsanspruch und gesellschaftliche Opposition gehören zusammen –  
313 ebenso wie Regieren und ergebnisoffener gesellschaftlicher Dialog. Sie sind keine  
314 Gegensätze für eine Partei, die mit beiden Beinen im gesellschaftlichen Leben steht, sondern  
315 eine Herausforderung und auch eine Chance. Veränderung beginnt in der Gesellschaft. Um  
316 Veränderungen zu vollziehen, gilt es, den Platz am Kabinetttisch zu nutzen. Aber  
317 Regierungshandeln und Verwaltungsentscheidungen können gesellschaftliche Mobilisierung  
318 nicht ersetzen. Ohne sie fehlt die entscheidende Basis für nachhaltigen politischen Erfolg im  
319 Land.

320 Regierungsverantwortung endet aber auch nicht am Kabinetttisch. Wir können dort nicht  
321 umsetzen, wofür gesellschaftliche Mehrheiten fehlen – das verlangt auch, die eigene  
322 Regierungspolitik im öffentlichen Dialog zu entwickeln, zu verbessern und auch zu erklären.  
323 Wir bleiben deswegen auch als Regierungspartei verlässlicher Partner für Gewerkschaften  
324 und Initiativen, für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir wissen, dass auch Rot-Rot nicht alle  
325 Wünsche erfüllen und alles ermöglichen kann, was notwendig wäre. Aber den sozialen  
326 Zusammenhalt zu stärken, Solidarität in der Gesellschaft zu leben, setzt auch voraus,  
327 gemeinsam Spielräume zu erkunden und zugleich offen zu debattieren, warum welche  
328 Abwägungen zu Lasten oder zu Gunsten unterschiedlicher Betroffener nötig sind, ehe  
329 tragfähige Entscheidungen gefällt werden.

330 Wir wollen nicht neben, sondern mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
331 Verantwortung für Brandenburg tragen – am Kabinetttisch wie überall im Land.

332 Die erste Legislaturperiode von Rot-Rot in Brandenburg ist ein Auftakt für eine gute Zukunft  
333 des Landes; der Koalitionsvertrag die solide Grundlage dafür. Seine erfolgreiche Umsetzung  
334 wird es möglich machen, neue Anliegen und künftige Ziele ins Auge zu fassen, dafür zu  
335 werben und perspektivisch Mehrheiten dafür zu ermöglichen.

336